



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
LANDESVERBAND BERLIN

Kurt-Schumacher-Haus  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin  
Landesgeschäftsführer:  
Sven Heinemann

An  
Herrn Aras-Nathan Keul  
Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.  
Littenstraße 105  
D-10179 Berlin

Hotline: 030 - 4692-222  
berlin@spd.de  
Web: SPD.Berlin

Per E-Mail an  
[keul@digev.de](mailto:keul@digev.de)

Bei Rückfragen:  
dorothee.stahlberg@spd.de  
030-4692-170

Berlin, 24. Januar 2023

### *IHRE WAHLPRÜFSTEINE ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2023*

Sehr geehrter Herr Keul,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm.

Unser Programm, mit dem wir 2021 angetreten sind, ist auf fünf Jahre ausgelegt. Es gilt weiterhin, auch bei der Wiederholung der Wahl am 12. Februar 2023. Die meisten unserer Vorschläge und Ideen konnten wir im Koalitionsvertrag einbringen, vieles ist in der Umsetzung oder sogar bereits umgesetzt. Ergänzend dazu haben wir einen Leitantrag zu den aktuellen Herausforderungen aus der Energiepreis- und Teuerungskrise beschlossen. All das und viele weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite unter <https://spd.berlin/wahl>.

Doch vorweg: Deutschland hat eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels. Die Berliner SPD steht fest an der Seite Israels und stellt sich antisemitischen Parolen entschieden entgegen! Die Sicherheit Israels ist Deutschlands Staatsräson und die Verantwortung jedes Einzelnen. Dieses „Nie wieder!“ ist einer der Grundpfeiler der deutschen Demokratie. Darauf gründet unser Rechtsstaat, unsere Gesellschaft – und auch unser Selbstverständnis als Sozialdemokrat\*Innen.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

i.A. Dorothee Stahlberg

# **ZUSAMMEN BERLIN**

**1. Berlin hat bisher keine Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt. Werden Sie dies ändern und welche Stadt würden Sie favorisieren?**

Deutschland hat eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels. Als Berliner SPD setzen wir uns bereits längerem dafür ein, dass die israelische Stadt Tel Aviv- Jaffa eine neue Partnerstadt Berlins wird und damit die jahrzehntelange gelebte Partnerschaft mit einer Vielzahl an Kooperationen und die besondere Beziehung beider Städte auch offiziell besiegelt wird.

**2. Sollte Berlin stärker mit israelischen Einrichtungen der Kultur und der Wissenschaft kooperieren und welche konkreten Vorschläge haben Sie dazu?**

Wir unterstützen Kooperationen mit israelischen Einrichtungen in den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung und Technik und setzen uns für gegenseitige Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten für alle Altersgruppen ein. Auch als Partei unterhalten wir vielfältige Kontakte nach Israel.

**3. Im Mai jährt sich die Gründung des Staates Israel zum 75. Mal. In welcher Form werden Sie sich dafür einsetzen, dass dieses Ereignis auch in Berlin angemessen gewürdigt wird?**

Selbstverständlich werden wir die laufenden Planungen für die Feierlichkeiten unterstützen, um das Jubiläum gemeinsam in würdigem Rahmen zu begehen.

**4. Immer wieder kommt es in Berlin zu antisemitischen Vorfällen: Schmierereien, Bedrohungen, Angriffe. Was werden Sie tun, um Polizei, Staatsanwaltschaft und Zivilgesellschaft dagegen zu stärken?**

Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen jüdischen Glaubens in unserer Stadt angefeindet und angegriffen werden. Wir kämpfen weiter entschlossen gegen Antisemitismus, rechte Hetze und für Demokratie und Freiheit. Wir garantieren den jüdischen Einrichtungen und dem jüdischen Leben den notwendigen Schutz. Dazu arbeitet der Senat mit der jüdischen Gemeinde am Runden Tisch gegen antisemitische Gewalt erfolgreich zusammen. Die vorbeugende Arbeit folgt dabei einem von der SPD initiierten Präventionskonzept, das alle Maßnahmen bündelt. Das Landeskonzept „Gegen jeden Antisemitismus – Jüdisches Leben in Berlin schützen“ wollen wir fortführen. Alle Menschen jüdischen Glaubens müssen in Berlin und ganz Deutschland sicher, frei und unbeschwert leben können.

**5. An den Schulen grassiert neuer, oft unbedachter, israelbezogener Antisemitismus. Was werden Sie speziell im Bildungsbereich tun, um junge Menschen dagegen immun zu machen?**

Wir setzen uns seit Jahrzehnten dafür ein, Berlin zu einer führenden Demokratiestadt zu entwickeln und haben in zahlreichen Parteitagebeschlüssen Programme gegen Antisemitismus an Schulen gefordert. Zusätzlich werden wir die Landeszentrale für politische Bildung stärken und neu ausrichten. Durch demokratiebildende Jugendarbeit ermöglichen wir direkte Beteiligung und stärken die Widerstandsfähigkeit junger Menschen gegen Gewalt, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Extremismus und integrieren das Thema in die Lehrkräfteaus- und Fortbildung, denn eine demokratische Haltung setzt ausreichend politische Bildung voraus. Dazu gehört auch die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, Kinder- und Jugendparlamente in allen Bezirken und der Beteiligung über Schulgremien, Jugendorganisationen und Jugendverbände und Auslandserfahrungen, die wir zahlreichen jungen Menschen in ihren Bildungs- und Ausbildungsphasen ermöglichen.

**6. Bei den so genannten Al-Quds-Demonstrationen wird alljährlich Israel-Hass und Antisemitismus verbreitet. Werden Sie dafür sorgen, dass diese Demonstration in Berlin künftig verboten wird und werden Sie das Verbot durchsetzen?**

Als Berliner SPD verurteilen wir die Al-Quds-Demonstrationen aufs Schärfste und werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, damit diese antisemitische Parade nicht stattfinden kann. Unsere SPD-Innensenatorin Iris Spranger hat die Al-Quds-Demonstration im vergangenen Jahr untersagt und wird das auch weiter tun.

//